
Stellungnahme von Christine Schneider, MdEP zu den Resolutionen des Oberrheinrats vom 27. Juni 2022

Eingang per E-Mail am 19. August 2022

1. Neue Hürden in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verhindern

Ich begrüße die Resolution des Oberrheinrats „Neue Hürden in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union verhindern“ ausdrücklich. Die Entscheidung des Schweizer Bundesrats, das Rahmenabkommen mit der EU abubrechen, halte ich für falsch und sehr bedauerlich. Es ist sehr schade, dass sich einige Hardliner auf Schweizer Seite mit ihrer Forderung nach einen Abbruch der Verhandlungen durchgesetzt haben. Dass dabei das Gerücht bedient wurde die EU würde gegen die Interessen der Schweiz arbeiten, ist umso trauriger. Dabei hat der Brexit ja unlängst gezeigt, welche negativen Folgen Wirtschaft, Handel und Gesellschaft drohen. Gerade mit Blick auf die großen globalen Krisen wie den Krieg in der Ukraine oder den Klimawandel sind politische Alleingänge aus meiner Sicht das falsche Signal. Es braucht im Gegenteil mehr Kooperation, um die großen Herausforderungen unserer Zeit als ein geeintes Europa bewältigen zu können. Ich bin davon überzeugt, dass das Projekt Europa auch der Schweiz große Vorteile gebracht hätte. Ich appelliere deshalb an die Schweiz, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

2. Langfristige Stärkung des Gesundheitsraums Oberrhein durch die Verstetigung des trinationalen Kompetenzzentrums TRISAN

Ich begrüße die Resolution des Oberrheinrats zur Stärkung des Gesundheitsraums Oberrhein durch die Verstetigung des trinationalen Kompetenzzentrums TRISAN sehr. Gerade in den Grenzregionen bedeutet eine stärkere gesundheitliche Zusammenarbeit eine bessere Versorgung für die Bevölkerung. Die COVID-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ist. Eine weitere Intensivierung und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit halte ich für erstrebenswert. Daher erachte ich es als wichtig, dass TRISAN auch nach dem Ende des zweiten INTERREG-Projekts ab Juni 2023 weiter unterstützt werden muss.